

der Republik ergibt, womit an sich bereits eine entscheidende Voraussetzung für die restlose Erfüllung aller vor uns liegenden Aufgaben als gegeben anzusehen ist. Wir sind erfreut darüber, daß dieser Haushaltsplan 1950 darüber hinaus noch einen Überschuß von 104,8 Millionen DM vorsieht. Es ist mir eine Ehre und eine besondere Freude, zugleich damit im Auftrage meiner Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei die volle Zustimmung zu diesem Gesetz über den Haushaltsplan 1950 aussprechen zu dürfen.

Meine Damen und Herren, gewiß ist der Überschuß knapp. Wir haben aus dem Ergebnis der Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses der Provisorischen Volkammer jedoch die Gewißheit gewonnen, daß die im Gesamtplan in Ansatz gebrachten Einnahmen wie Ausgaben nur, den realen Tatsachen entsprechend, unter dem Gesichtspunkt größtmöglicher Einsparung an Verwaltungsausgaben einerseits, andererseits aber auch mit dem Ziel weitestgehender Förderung aller wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufgaben klar und nüchtern errechnet sind. Wir sind dabei der Überzeugung, daß in diesem Haushalt keine sogenannten Luftposten oder -ansätze enthalten sind, deren Erfüllung unwahrscheinlich oder gar unmöglich erscheinen könnte.

Allein das nüchterne Zahlenbild gibt uns die Gewißheit, daß mit diesem Haushalt 1950 die Deutsche Demokratische Republik aus eigener Kraft, also ohne Anleihen und damit ohne neue, sich ins Unerträgliche steigernde Lasten, nicht nur die Not überwinden kann und wird, sondern daß damit für das gesamte deutsche Volk auch Gewähr für ein besseres Leben in der Zukunft geboten erscheint.

- Mit besonderer Genugtuung erfüllt uns die im Gesetz festgelegte Finanzierung der Investitionen in Höhe von 2350 Millionen DM. Dem gesamten Wirtschaftsleben unserer Republik fließen damit nahezu 80 % mehr an finanziellen Mitteln gegenüber dem Jahre 1949 für die wichtigsten Vorhaben zu, wenn mit diesen Investitionen gewiß auch noch nicht alle Wünsche und Forderungen der Öffentlichkeit als erfüllt angesehen werden können. Die dringendsten Vorhaben jedoch Anden volle Berücksichtigung. Auf unsere eigene Kraft bauend, werden wir mit derselben Vorsicht Stein auf Stein zusammensetzen und am Ende auch schon sehr bald den Erfolg vor uns liegen haben.

Wenn ich in diesem Zusammenhang als Sprecher der Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei gleichzeitig noch besonders darauf hinweise, daß die Haushaltsansätze eine ganz beträchtliche Senkung bei den Reparations- und Besatzungskosten in sich tragen, so tue ich das bewußt, weil uns diese Tatsache mit besonderer Freude erfüllt. Wir erblicken in diesen Maßnahmen, daß die Sowjetunion uns in allen unseren Bestrebungen und Bemühungen um eine ausgeglichene Haushaltsführung wie überhaupt um eine gesunde und fortschrittliche Aufwärtsentwicklung nach besten Kräften unterstützt.

(Beifall)

Wesentlich erscheint uns die Tatsache, daß dem Haushalt 1950 eine ganz beachtliche Ertragssteigerung wie auch Erhöhung der Gewinnabfuhr der volkseigenen Wirtschaft zugrunde gelegt ist. Wenn für 1949 ein Aufkommen von 1,6 % festgelegt war, 1950 dagegen ein Gesamtaufkommen von 6,1 % veranlagt ist, so liegt nach unserer Auffassung, hierin ein Beweis, daß damit auf Grund der außergewöhnlichen Arbeitsleistungen unserer Aktivistenbewegungen wie aller unserer schaffenden Menschen die Gewähr für eine dementsprechende Produktions- und Leistungssteigerung als gegeben zu betrachten ist.

Aber auch alle übrigen Wirtschaftsteile unserer Deutschen Demokratischen Republik haben im Rahmen

dieses Haushaltsplanes Berücksichtigung für eine fortschreitende Aufwärtsentwicklung gefunden. Im Plan der Ausreichungen für langfristige Kredite ist zum Beispiel eine erhebliche Summe für die Privatindustrie und für Schiffshypotheken veranschlagt, die dazu beitragen wird, der privaten Wirtschaft zu einer im Rahmen unserer Gesamtplanung und ihrer Bedeutung liegenden fortschreitenden Entwicklung zu verhelfen.

Einige Worte noch, meine Damen und Herren, zu dem für den gesamten Haushalt entscheidenden Einzelplan XVIII über die Einnahmen an Abgaben! Im Namen meiner Fraktion, der Liberal-Demokratischen Partei, darf ich die Erklärung abgeben, daß uns die eigentliche Verteilung der einzelnen Steuerarten und Abgaben in der vorliegenden Form mit Genugtuung erfüllt. Wenn gegenüber dem Vorjahr zum Beispiel jetzt für 1950 beim Gesamtsteueraufkommen 45 % an Besitz- und Verkehrssteuern, 33 % an Verbrauchsteuern und Zöllen und 22 % an Haushaltsaufschlägen vorgesehen sind, dann ist hieraus eine wesentliche Senkung der Ansätze an Verbrauchsteuern und Zöllen zu ersehen, dagegen bei den Haushaltsaufschlägen eine Steigerung von 4 % auf 22 % zu verzeichnen. Uns erscheint damit auf dem Steuergebiet nicht nur eine den Lebensinteressen bzw. Lebensgewohnheiten unseres deutschen Volkes an sich entsprechende Regelung getroffen, sondern auch eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Steuerlasten den Interessen des einzelnen entsprechend gewährleistet.

Solange unsere Produktionsleistungen eine Beseitigung der Markenbewirtschaftung in vollem Umfang nicht zulassen, müssen diejenigen Bedarfs- und Verbrauchsgüter, die markenfrei und zusätzlich dem Markt zugeführt werden können, einer zweckentsprechenden Preisgestaltung unterliegen, um eine Überbeanspruchung der zur Zeit noch in beschränktem Umfang vorhandenen Warendecke zu vermeiden. Diesen Zweck erfüllen die Haushaltsaufschläge. Selbstverständlich — und der Meinung sind wir wohl alle — werden diese Aufschläge eine Senkung und schließlich auch eine Beseitigung erfahren, sobald dies die Erträge unserer Gesamtproduktion und Arbeitsleistungen zulassen.

Was auf dem Gebiet der Verbrauchssteuern damit von uns festgestellt wird, läßt sich gleichzeitig auch von den direkten, also den Besitz- und Verkehrssteuern sagen. Wir haben aus den Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses die Überzeugung gewonnen, daß eine den Arbeitsleistungen des einzelnen und dem Zweck entsprechende Verteilung der steuerlichen Belastung vorgesehen ist.

In diesem Zusammenhang scheint es uns gleichzeitig auch richtig und durchaus zweckmäßig, daß unsere junge Deutsche Demokratische Republik zur besseren Ermittlung, Prüfung, Festsetzung und Erhebung der steuerlichen und sonstigen Abgaben der Provisorischen Volkammer den Antrag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und damit den Gesetzentwurf über die Abgaben der Republik und der übrigen Gebietskörperschaften sowie über die Errichtung einer Abgabenverwaltung der Republik vorlegt. Meine Fraktion erkennt die Notwendigkeit wie auch die Zweckmäßigkeit der Zentralisierung der gesamten Abgabenverwaltung der Republik in vollem Umfang an. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn bei dieser Gelegenheit die Regierung der Republik Veranlassung nehmen wollte, auch die noch bestehende Reichsabgabenordnung einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen, um schließlich eine einheitliche Ausrichtung in der gesamten Steuergesetzgebung zu erzielen.

Ich darf abschließend feststellen, daß die Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei in beiden dem Hohen Hause mit den Drucksachen Nr. 37 und 38 vorliegenden Gesetzentwürfen die Grundlagen und